

Notizen

Zum neuen Bischof von Breda ernannte Johannes Paul II. den bisherigen Rektor des Niederländischen Kollegs in Rom, Martinus Muskens (58). Damit sind jetzt alle sieben Bistümer der niederländischen Kirchenprovinz wieder besetzt. Mit der Ernennung von Muskens setzt der Vatikan eine Linie fort, die schon bei den letzten beiden Bischofsnennungen für die Niederlande verfolgt wurde (Bischof Wiertz von Roermond und Bischof Van Luyn von Rotterdam). Wie Wiertz und Van Luyn gilt Muskens als gesprächs- und integrationsfähiger Mann der Mitte. Der neue Bischof von Breda stammt aus der Diözese Den Bosch und wirkte seit 1970 außerhalb seines Heimatlandes. Von 1970 bis 1977 war er Mitarbeiter der Indonesischen Bischofskonferenz; seit 1977 leitete er das Niederländische Kolleg in Rom und war auch Geistlicher Botschaftsrat der Niederländischen Vatikanbotschaft.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Mainzer Bischof Karl Lehmann, hat davor gewarnt, nach der Empörung über die Begründung des Gerichtsurteils des Mannheimer Landgerichtes gegen den NPD-Vorsitzenden Günter Deckert (am 10. 8. 94) zur Tagesordnung überzugehen. Deutschland leide nach wie vor darunter, daß nach dem Krieg die Themen Nationalsozialismus und Judenverfolgung nicht kontinuierlich genug aufgearbeitet worden seien. Die Urteilsbegründung hatte den der Volksverhetzung und Anstachelung zum Rassenhaß Angeklagten bescheinigt, er habe eine „charakterstarke verantwortungsbewußte Persönlichkeit mit klaren Grundsätzen“, seine Tat sei aus dem Bestreben motiviert gewesen, „die Widerstandskräfte im deutschen Volk gegen die aus dem Holocaust abgeleiteten Ansprüche zu stärken“.

In einem Interview mit KNA zu den Themen innere Sicherheit in Deutschland, Ursachen und Eindämmungsversuche der wachsenden Kriminalität in Deutschland, Strafvollzug und Strafmaß betonte der Limburger Bischof Franz Kamphaus, es sei ein Irrtum zu meinen, man könne Konflikte im Inneren wie nach außen letztlich nur mit Gewalt lösen. Befragt nach dem Sinn lebenslanger Freiheitsstrafen gab Kamphaus bezüglich der RAF-Häftlinge zu bedenken, der Staat habe hier die konkrete Möglich-

keit, an Stelle von Sondergesetzen und verschärften Haftbedingungen Zeichen der Friedfertigkeit zu setzen. Die RAF habe die Bereitschaft gezeigt, die Waffen wegzulegen. Somit wäre eine politische Lösung des Konfliktes vertretbar.

Der Bischof von Innsbruck, Reinhold Stecher, erklärte den Kult um den „Seligen Anderle von Rinn“ für „definitiv“ beendet. „Ein Ritualmordmartyrium hat es nie gegeben“, schreibt Stecher in der Juli-Ausgabe des Verordnungsblattes der Diözese Innsbruck. Ritualmordlegenden wie jene über den angeblich von Juden getöteten dreijährigen Tiroler „Märtyrer“ seien in ganz Europa zeitgleich mit den Hexenverfolgungen entstanden und „hätten Juden Heimat, Vermögen, Freiheit, Gesundheit und Leben gekostet“. Stecher bezeichnete sie als „abergläubische Verirrung“. Zugleich betont er es als ungerecht, alle Anhänger dieser Tradition als Antisemiten zu bezeichnen. Der von Traditionalisten und nationalkatholischen Kreisen angefeindete Bischof weist ausdrücklich darauf hin, daß sein Vorgehen von der Gottesdienst-Kongregation „gutgeheißen und unterstützt“ und „einstimmig“ von der „gesamten Österreichischen Bischofskonferenz“ getragen sei.

Bei ihrer jüngsten Tagung Mitte Juli in York lehnte die Generalsynode der Kirche von England mit deutlicher Mehrheit einen Antrag ab, der auf eine stärkere Entflechtung von Staat und Kirche in England zielte. Der Antrag, den der frühere Bischof von Aston, Colin Buchanan, einbrachte, forderte zum einen die Aufhebung der direkten staatlichen Mitsprache bei der Ernennung von Bischöfen der Kirche von England (gegenwärtig wählt der Premierminister den neuen Diözesanbischof aus einer von einer kirchlichen Kommission vorgelegten Liste), zum anderen der Verzicht auf die bisher notwendige Bestätigung von Kirchengesetzen durch das Parlament. 273 Mitglieder der Generalsynode stimmten gegen den Antrag von Bischof Buchanan, 110 dafür. Die Entscheidung der Generalsynode kam wenige Wochen, nachdem Äußerungen des Thronfolgers, Prinz Charles, über seine Position als künftiger König gegenüber den Religionsgemeinschaften in England für Aufsehen gesorgt hatten.

Wie aus neueren Statistiken des Informationszentrums Berufe der Kirche der Deutschen Bischofskonferenz in Freiburg hervorgeht, haben Ende 1993 in allen deutschen Diözesen 1817 Männer katholische Theologie mit dem Ziel studiert, Priester zu werden. Seit 1986 sei die Zahl der neuaufgenommenen Priesteramtskandidaten von seinerzeit 727 auf 328 im Jahr 1993 kontinuierlich gesunken. Ende 1993 gab es demnach in Deutschland 16 669 Diözesan- und 2525 Ordenspriester, davon befanden sich über 4100 bzw. 129 im Ruhestand.

Eine „nicht nachvollziehbare Überhöhung“ der Verbindung von Nation und Religion hat der Auslandsbischof der EKD, Rolf Koppe, der serbisch-orthodoxen Kirche vorgehalten. In einem Schreiben an Patriarch Pavle warf er der Kirche vor, sich „in erschreckender Weise“ in den Dienst des Nationalismus gestellt zu haben. Koppe reagierte damit auf den „Appell an die serbische Nation und die Weltöffentlichkeit“ vom 5. Juli, in dem Pavle und die Bischöfe die Serben aufgefordert hatten, sich zu erheben und die „jahrhundertealten Rechte und Freiheiten“ zu verteidigen. Außerdem hatten sie den Teilungsplan für Bosnien und die Rückgabe serbisch besetzter Gebiete abgelehnt. Man könne diesen Text nur so verstehen, schreibt Koppe, daß sich die serbisch-orthodoxe Kirche damit zu einem Instrument nationalistischer Kreise mache, die von Anbeginn des Krieges in rücksichtsloser Weise die Durchsetzung ihrer eigenen Interessen verfolgten.

In einem Hirtenbrief haben die Bischöfe Haitis eine eventuelle militärische Intervention in ihrem Land verurteilt. Die prinzipielle Zustimmung der Vereinten Nationen zu einer militärischen Invasion in Haiti, formuliert in der Resolution 940 des UN-Sicherheitsrates, sei „unmoralisch und skandalös“. Da ihr Land keine Bedrohung für Frieden und Sicherheit in der Region darstelle, gebe es auch keinen Anlaß für die Internationale Gemeinschaft zu einer bewaffneten Intervention, die die Spirale der Gewalt im Land nur noch beschleunigen, bei der Bevölkerung ein Gefühl der Angst und Revolte hervorrufen würde.

Beilagenhinweis
Dieser Ausgabe liegt eine Eigenwerbung (Verlegerbeilage) bei.